

19. Wahlperiode

Vorlage – zur Kenntnisnahme –

Berlin ist Regenbogenhauptstadt und Freiheitszone für LSBTIQ*
Drucksachen 18/4100 und 18/4139

Der Senat von Berlin
SenJustVA IV B 6 / VI B
030/ 9013 3485/ 3480

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Vorlage

- zur Kenntnisnahme -
des Senats von Berlin
über

Berlin ist Regenbogenhauptstadt und Freiheitszone für LSBTIQ*
Beschluss der 89. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16.09.2021
- Drucksachen Nrn. 18/4100 und 18/4139 -

Der Senat legt nachstehende Vorlage dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 16.09.2021 Folgendes beschlossen:

Berlin ist Regenbogenhauptstadt und Freiheitszone für LSBTIQ*

Berlin wird, entsprechend der Resolution des Europaparlaments vom 11. März 2021, zum Frei- und Schutzraum für LSBTIQ*.

Das Abgeordnetenhaus verurteilt das Vorgehen der Regierungen in Polen und Ungarn gegen die Rechte von LSBTIQ*, mit dem die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte eindeutig missachtet werden.

Als Zeichen dafür wird künftig am „Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interfeindlichkeit“ (IDHOBIT) am 17. Mai und während des Pride-Monats die Regenbogenflagge vor dem Abgeordnetenhaus gehisst.

Das Abgeordnetenhaus fordert darüber hinaus den Senat auf,

- weiterhin aktiv Maßnahmen zur rechtlichen Gleichstellung und für den Schutz von LSBTIQ*, zur Förderung der Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt sowie zur Sanktion von Mechanismen der strukturellen Diskriminierung zu ergreifen und bestehende Maßnahmen kontinuierlich weiterzuentwickeln;
- die Zusammenarbeit mit den politischen Partner*innen in den Partnerstädten Berlins wie Budapest und Warschau, aber auch außerhalb der EU, etwa Moskau, zu intensivieren und den Austausch mit LSBTIQ*-Aktivist*innen vor Ort durch Kontakte der Zivilgesellschaft zu unterstützen;

- die erfolgreiche Zusammenarbeit innerhalb des Rainbow-Cities-Netzwerkes zu intensivieren und weiterhin gemeinsame Maßnahmen und städteübergreifende Modellprojekte zum Schutz vor Diskriminierung und zur Förderung der Gleichbehandlung von LSBTIQ* zu ergreifen;
- die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt auch in anderen Städtenetzwerken, in denen Berlin Mitglied ist, aktiv zu befördern.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2021 zu berichten.

Hierzu wird berichtet:

Der Senat begrüßt, dass das Abgeordnetenhaus ein Zeichen der Solidarität mit Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) in Polen und Ungarn setzt, sich der Resolution des Europaparlaments vom 11.3.2021 anschließt und Berlin zum Frei- und Schutzraum für LSBTI-Personen erklärt.

Der Senat ist der Auffassung, dass auch LSBTI-Rechte Menschenrechte sind und alle EU-Staaten sich eindeutig zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bekennen müssen.

Ferner begrüßt der Senat die Initiative des Abgeordnetenhauses, künftig zum „Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interfeindlichkeit“ (IDHOBIT) am 17. Mai und während des Pride-Monats die Regenbogenflagge zu hissen.

Der Senat hat den Anspruch, die Selbstbestimmung aller Menschen zu ermöglichen, Vielfalt wertzuschätzen und die Akzeptanz von und den Respekt vor Verschiedenheit zu fördern. Die Regenbogenstadt Berlin ist mit ihrer staatlichen Politik in Bezug auf LSBTI Vorreiterin und gutes Beispiel für andere Städte, Bundesländer und Länder im europäischen wie auch außereuropäischen Ausland.

Seit nunmehr über 30 Jahren werden unterschiedliche Projekte, Maßnahmen und Initiativen zu Themen sexueller und zunehmend auch geschlechtlicher Vielfalt gefördert, die Gleichstellung von LSBTI bundesweit vorangetrieben und Veränderungen aktiv und nachhaltig angestoßen. Durch gesetzliche Änderungen auf Landes- und Bundesebene wurden in den letzten Jahren Fortschritte bei der rechtlichen Gleichstellung in vielen Lebensbereichen erreicht. In anderen Lebensbereichen, die besonders auch trans- und intergeschlechtliche Menschen betreffen, besteht jedoch weiterhin großer Nachholbedarf. Wichtige Änderungen in der Gesetzeslage stehen noch aus, bevor von einer tatsächlichen rechtlichen Gleichstellung gesprochen werden kann.

Mit dem am 23.7.2019 vom Senat beschlossenen, ressortübergreifenden Maßnahmenplan zur „Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV), welcher unter Beteiligung der Verwaltung, der LSBTI-Communities und der Berliner Stadtgesellschaft gemeinsam entwickelt worden ist, wurde ein Prozess der Auseinandersetzung mit der Feindlichkeit gegenüber LSBTI in der Gesellschaft initiiert und weitere Maßnahmen entwickelt, um u. a. die Selbstbestimmung und Teilhabe von LSBTI-Menschen in der Gesellschaft zu ermöglichen sowie Akzeptanz und Respekt für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt und unterschiedliche Lebensentwürfe und -erfahrungen zu erwirken.

Der Maßnahmenplan zur IGSV hat die Form eines Aktionsplans mit 92 Einzelmaßnahmen, unterteilt in neun Handlungsfelder, und wird durch die Senatsverwaltung für Justiz,

Verbraucherschutz und Antidiskriminierung koordiniert. Die IGSV baut dabei auf einer Initiative aus den Jahren 2009/10, der ISV „Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ auf und entwickelt diese weiter.

Im Juli 2021 befasste sich der Senat auf Vorlage des Senators für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung mit dem Umsetzungsbericht zur IGSV. Demnach konnte die Mehrzahl der 92 Maßnahmen bereits abgeschlossen werden oder befinden sich derzeit in der Umsetzung. Hervorzuheben sind dabei u. a. die Initiativen des Senats, um die rechtliche Gleichstellung bundesweit voranzutreiben, die Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierter Kriminalität, die Weiterentwicklung vieler weiterer Maßnahmen in den verschiedenen Handlungsfeldern der IGSV sowie die Umsetzung von Maßnahmen im Kontext des internationalen Engagements Berlins.

Der Bericht steht zum Download auf der Internetseite der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung zur Verfügung:

https://www.berlin.de/sen/lads/assets/schwerpunkte/lgbti/igsv/igsv-umsetzungsbericht_bf_finalfinal.pdf

Ein besonders wichtiges Instrument im Kontext des internationalen Engagements stellt dabei das von Berlin am 17.5.2013 mitgegründete internationale Städtenetzwerk der Regenbogenstädte, das Rainbow-Cities-Network (RCN), dar.

Zu den wichtigsten Zielen des RCN gehören:

- Erfahrungsaustausch über lokale Ansätze in der LSBTI-Politik,
- Zusammenarbeit zu spezifischen Themen oder im Rahmen von Projekten,
- Austausch zu lokal ausgerichteten good-practice-Beispielen und Initiativen in Zusammenhang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt,
- Informationen zu aktuellen, internationalen Entwicklungen in der LSBTI-Fachpolitik und
- Vernetzung mit weiteren internationalen Netzwerken und Organisationen.

Seit seiner Gründung gestaltet Berlin das RCN aktiv mit. So unterstützte beispielsweise Berlin das Büro des RCN bei der Beantragung eines von der Europäischen Union geförderten Projektes im Rahmen von „Europe for Citizens“ in 2020. Am Ende des zweijährigen Projektes soll ein Handbuch entstehen, das interessierten Städte bei der Entwicklung einer LSBTI-Politik unterstützt mit dem Ziel, Regenbogenstadt zu werden. Hierfür finden insgesamt fünf Treffen mit 19 Mitgliedstädten statt. Das erste Treffen fand pandemiebedingt in Form einer Hybridveranstaltung am 1. und 2. 7.2021 in Brüssel statt. Die für LSBTI zuständige EU Kommissarin Elena Dali hielt bei der Kick-Off Veranstaltung ein Grußwort. Das zweite Treffen wird voraussichtlich in 2022 in Berlin stattfinden.

Seit 2015 können die Mitglieder des Netzwerkes sich an einer gemeinsamen Fotoausstellung beteiligen, die von der Stadt Wien für das RCN koordiniert und zum Internationalen Tag gegen Homo- und Transphobie (IDAHOT) am 17. Mai, meist digital, veröffentlicht wird. Das Thema der Ausstellung wird auf dem Jahrestreffen beschlossen. In diesem Zusammenhang wählten beispielsweise die Mitglieder mit Unterstützung Berlins das Thema „Lesbische Sichtbarkeit“ als Schwerpunktthema für die jährlich stattfindende Ausstellung des RCN, an der sich viele Städte mit einem eigenen Bild beteiligten, für 2020 aus. Für 2021 wählten die RCN-Mitglieder auf Vorschlag Berlins das Thema „Intersektionalität“ für die Ausstellung aus.

Mittlerweile besteht das RCN aus 39 Städten in 17 Ländern. Zu den Mitgliedern gehören auch Berlins Partnerstädte Brüssel, Mexiko-Stadt und Paris. Für 2022 hat auch die erste polnische Stadt, in diesem Fall Krakau, eine Bewerbung zur Aufnahme in das RCN angekündigt.

Um den Kreis der Partnerstädte Berlins im RCN zu erweitern, richtete sich der für die LSBTI-Fachpolitik zuständige Senator am 9.12.2020 in einem Schreiben an die Bürgermeister von Budapest, Prag und Warschau und bot ihnen die Unterstützung Berlins bei der Entwicklung von staatlichen LSBTI-Fachpolitiken an.

Bezüglich der Organisation eines möglichen Austausches zu LSBTI mit Städten in Polen gab es bereits erste Gespräche zwischen der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, der Senatskanzlei und der Europäischen Akademie.

Auch unterstützte das Land Berlin im Jahr 2017 zwei seiner Partnerstädte, Mexico-Stadt und Buenos Aires, beim Aufbau des lateinamerikanischen Städtenetzwerks der Regenbogenstädte: Red Latinoamericana de Ciudades Arco Iris (RLCA).

Im Rahmen von Gesprächen auf politischer Ebene gerade mit Städten und Akteurinnen und Akteuren aus den in dem Antrag genannten Ländern wird das Thema LSBTI weiterhin Berücksichtigung finden.

Weiterhin setzt sich Berlin dafür ein, die Situation von LSBTI-Personen auch in den internationalen Partnerstädten wie Istanbul zu verbessern. So wurde im Jahr 2019 auf Einladung des für LSBTI zuständigen Senators ein Empfang im Vorfeld des Christopher Street Day mit Aktivistinnen und Aktivisten aus Istanbul und Vertretungen der Berliner LSBTI-Communities begangen. Für 2020 war ein entsprechender Empfang mit Gästen aus Warschau geplant, jedoch aufgrund der Pandemielage wurde stattdessen unter aktiver Teilnahme eines in Berlin lebenden polnischen Aktivisten und einer in Berlin lebenden bulgarischen Aktivistin die Regenbogenflagge vor der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gehisst. Ferner besuchte im August 2020 der Stadtpräsident der polnischen Stadt Poznań Berlin und traf sich zu einem Erfahrungsaustausch mit dem für LSBTI-Belange zuständigen Senator.

Mit Moskau beschränken sich momentan die Aktivitäten der Städtepartnerschaft auf ein Mindestmaß an offiziellen Kontakten bzw. den Jugendaustausch. Es bestehen daher kaum Kontakte in die immer weniger handlungsfähige russische Zivilgesellschaft, insbesondere im LSBTI-Bereich, hinein.

Erwähnenswert ist weiterhin die Zusammenarbeit im Rahmen eines vom Städtenetzwerk Metropolis geförderten Projektes zum Thema „Intersektionalität in der LSBTI-Fachpolitik“ während der Präsidentschaft des Regierenden Bürgermeisters 2017 bis 2019. Hierzu arbeiteten im Netzwerk neben einigen RCN-Partnern auch Städte des Lateinamerikanischen Netzwerks der Regenbogenstädte (RLCA) wie Montevideo, Medellín, Bogotá oder Rosario mit. Der fachliche Schwerpunkt des Projektes lag auf dem Thema „Intersektionalität in der LSBTI-Fachpolitik“.

Die klare Haltung Berlins für die Freiheit und Gleichheit jedes Menschen wird außerdem im Newsbereich und in Fallstudien der durch das Land Berlin gesteuerten Online-Plattform „USE – Urban Sustainability Exchange“ aufgegriffen werden. Die Plattform behandelt Fokusthemen und für das dritte Trimester 2022 ist das Thema „Diversity“ vorgesehen. In

diesem Zusammenhang sind Interviews mit LSBTI-Aktivistinnen und Aktivisten denkbar, die auf der Plattform einem weltweiten Publikum zugänglich gemacht und über die Social Media-Kanäle kommuniziert werden. Weiterhin kann das Thema im Rahmen der geplanten Konferenz „Berlin Questions 22“ einem breiten Berliner und internationalen Publikum vermittelt und dabei der Wert gesellschaftlicher Vielfalt insgesamt betont werden. Schließlich ist vorgesehen, LSBTI-Themen im Rahmen eines regelmäßigen Austauschs der internationalen Tägigen der Berliner Senatsverwaltungen im Jahr 2022 zu diskutieren.

Um in der Zukunft Berlins Rolle als Vorreiterin für LSBTI-Rechte gerecht zu werden und weiter auszubauen, wird das Land Berlin weiterhin eine aktive Politik für die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt auf allen Ebenen betreiben.

Es sind keine Auswirkungen durch den Beschluss auf den Haushalt und die Finanzplanung zu erwarten.

Wir bitten, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 7. Dezember 2021

Der Senat von Berlin

Michael Müller
Regierender Bürgermeister

Dr. Dirk Behrendt
Senator für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung